

Veranstaltungsbericht

Buchpräsentation: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung

16. Mai 2013 | 18 Uhr | Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Zusammen mit dem Ch.Links-Verlag und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam lud die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 16. Mai 2013 zum Podiumsgespräch über den Bereich Kommerzielle Koordinierung, das anlässlich des kürzlich erschienenen Buches „Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität“ des Historikers Dr. Matthias Judt stattfand. Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, verwies in ihrer Begrüßung auf die Aktualität dieses Themas. Man müsse nur an die aktuell diskutierten Medikamententests westdeutscher Firmen in der DDR denken. Im Hintergrund habe die Firma Berliner Import-Export GmbH agiert, welche dem Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) unterstand. Bis heute sei das Bild von derartigen Geschäften des Bereiches KoKo und seines Leiters Alexander Schalck-Golodkowski noch stark von der Medienberichterstattung des Jahres 1989 und der spektakulären Flucht des Funktionärs geprägt. Die fragwürdigen Geschäfte mit Waffen, Kunst und Antiquitäten sowie der Freikauf von Häftlingen, der ebenfalls über den Bereich KoKo abgewickelt wurde, habe rege Aufmerksamkeit erfahren, während das meist legale Alltagsgeschäft bisher wenig beachtet worden sei. Dr. Matthias Judt habe mit seiner Studie eine neue Perspektive auf den Bereich KoKo, seinen Leiter und die Geschäftspraktiken erarbeitet, indem er v.a. deren alltägliche Geschäfte beleuchte und danach frage, welche Wirkung diese für die wirtschaftliche Situation der DDR gehabt habe.

In einer kurzen Einführung machte Dr. Matthias Judt sein Interesse an dem Bereich KoKo und Schalck-Golodkowski deutlich. Auch er sei ausgegangen vom öffentlichen Bild, das maßgeblich durch die Berichterstattung 1989/90 geprägt gewesen sei und v.a. auf die aufsehenerregenden Fälle wie etwa die Versorgung der Wandlitz-Siedlung mit Westprodukten fokussiert habe. Er habe sich jedoch gefragt, ob über diese fragwürdigen Geschäfte die horrenden Umsätze - bis 1989 wurden 25 Milliarden DM erwirtschaftet - erklärbar seien. Dabei sei er zu dem Schluss gekommen, dass v.a. das legale Alltagsgeschäft zum Gewinn beigetragen habe, so zum Beispiel die Versorgung von West-Berlin mit Kraft- und Agrarstoffen. Diese sei aus einem gegenseitigen Interesse der DDR und der Bundesrepublik heraus entstanden: Die DDR konnte Devisen erwirtschaften und die Bundesrepublik zugleich die Versorgung West-Berlins sicher stellen. In den 1970er-Jahren sei jeder zweite Liter Benzin, der in West-Berlin getankt wurde, aus der DDR importiert worden.

Der Vorteil des Bereichs KoKo gegenüber dem geplanten Außenhandel der DDR sei dabei gewesen, dass man realwirtschaftliche mit finanzwirtschaftlichen Geschäften kombinieren konnte. So hielten die Strukturen des Bereichs KoKo die DDR in der Kreditkrise 1982-84 liquide, nicht nur weil Schalck-Golodkowski die so genannten

„Strauß-Kredite“ einfädelt. Dennoch – so Dr. Matthias Judts These – könne der Bereich KoKo keinesfalls als „Retter der DDR“ dargestellt werden. Vielmehr konnten auch durch diese Geschäfte die grundlegenden Probleme der DDR-Wirtschaft nicht gelöst werden. Die Orientierung auf im Westen verwertbare Erzeugnisse habe im Gegenteil sogar zur Erosion des Systems beigetragen.

Ein sich anschließendes Podiumsgespräch, das von Verleger Dr. Christoph Links moderiert wurde, brachte sowohl die Zeitzeugenperspektive, als auch die historische und journalistische Sicht ein.

Dr. Hans-Joachim Jeschke, von 1985-90 Generaldirektor des VEB Synthesewerks Schwarzheide, schilderte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Bereich KoKo. So habe man im VEB Schwarzheide bereits in den 1960er-Jahren Maschinen zur Produktion von Pflanzenschutzmitteln aus der Bundesrepublik importiert. Deren Verschleiß habe erneute Importe von Ersatzteilen nötig gemacht und diese seien ab Anfang der 1980er-Jahre auch über Schalck-Golodkowski erfolgt. Dabei sei der Kontakt schwierig gewesen und habe immer über das zuständige Ministerium aufgebaut werden müssen.

Andreas Förster, Redakteur der Berliner Zeitung, welcher bereits 1989 intensiv zu den Geschäften des Bereichs KoKo recherchiert hatte, erinnerte an die offene und gleichzeitig problematische Situation für Journalisten in der Wendezeit. Damals habe man zwar viele Informationen über den Bereich der KoKo erhalten, diese jedoch meist nicht belegen können. Die hohe mediale Aufmerksamkeit für diesen Bereich erklärte er v.a. aus den fragwürdigen Geschäften und nicht zuletzt aus der spektakulären Flucht Schalck-Golodkowskis in den Westen. Dabei sei der Bereich KoKo nur ein Teil der Schattenwirtschaft der DDR gewesen. Andreas Förster ging außerdem auf die Aufarbeitung der Machenschaften des Bereichs KoKo Anfang der 1990er-Jahre ein, die nicht befriedigend verlaufen sei. Auch in den Sitzungen der Untersuchungsausschüsse des Bundestages hätten die illegalen Geschäfte im Mittelpunkt gestanden. Zudem habe es keine gründlichen Untersuchungen zu den Verstrickungen westlicher Firmen sowie über das Wissen des Westens über Schalck-Golodkowskis Engagement z.B. beim Häftlingsfreikauf gegeben.

Dr. Matthias Judt erläuterte anschließend die Einbindung des Bereichs KoKo in das Wirtschaftssystem der DDR. Formal sei dieser Bereich immer dem Außenhandelsministerium unterstellt gewesen. Entscheidender sei aber die Unterstellung unter den Sekretär für Wirtschaft des ZK, Günter Mittag, und dessen ZK-Abteilung gewesen. Zudem sei Schalck-Golodkowski als „Offizier im besonderen Einsatz“ auch dem MfS zugehörig und dabei direkt Erich Mielke unterstellt gewesen. Das MfS habe insbesondere ein Interesse an den Kontakten des Bereichs KoKo zu westlichen Unternehmern und den daraus gewonnenen Informationen gehabt. Auch Dr. Matthias Judt betonte, dass die Aufarbeitung insbesondere in Hinblick auf die Beteiligung westlicher Firmen an Geschäften des Bereichs KoKo schwierig sei. Sie sei zwar von großer Bedeutung, dürfe aber nicht aus einer moralisierenden Haltung heraus erfolgen.

Dr. Christoph Links forderte am Ende des Podiumsgesprächs dazu auf, die Verflechtungen zwischen der Geschichte der DDR und der Bundesrepublik stärker in den Blick zu nehmen. In Forschung, Aufarbeitung und Öffentlichkeit dürften diese nicht nur unabhängig voneinander betrachtet werden.

Abschließend wurde das Publikum in die Diskussion eingebunden. Ein Diskussionsstrang thematisierte das Wissen der Regierung der Bundesrepublik um die Tätigkeit des Bereichs KoKo und seine Geschäfte mit westdeutschen Firmen. Insbesondere wurde nach der juristischen und politischen Aufarbeitung gefragt. Dr. Matthias Judt legte dar, dass es bis heute immer wieder Ermittlungen von Staatsanwaltschaften gegeben habe, z.B. in Hinblick auf Waffengeschäfte bzw. Verstöße gegen die Regelungen des innerdeutschen Handels oder gegen Embargobestimmungen. Diese Untersuchungen seien jedoch meist im Sande verlaufen, da viele dieser Vergehen nur schwer identifizierbar seien.

Zudem müsse man immer die damaligen politischen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Der westdeutschen Regierung sei bewusst gewesen, dass die politischen Verhältnisse auf Dauer nicht zu ändern waren und die UdSSR fest hinter der DDR stand. Deshalb setzte sie darauf, die DDR und ihre Wirtschaft stabil zu halten. Dafür hätte es eben auch einer pragmatischen Politik bedurft, so dass man z.B. die Beteiligung westdeutscher Firmen an Geschäften mit Schalck-Golodkowski auch außerhalb der Regeln des innerdeutschen Handels geduldet habe.

In diesem Zusammenhang führte der Historiker auch aus, dass der Bereich KoKo selbst an legalen Geschäften interessiert sein musste, da nur sie der DDR auf Dauer nutzten. So hätten Waren, die durch Schmuggel oder in größeren Mengen durch Verstöße gegen Embargobestimmungen ins Land gebracht worden waren, erst legalisiert werden müssen, um sie gegen Devisen wieder exportieren zu können.

Andreas Förster bedauerte, dass sowohl die juristische als auch politische Aufarbeitung bis heute unzureichend sei. Viele der damaligen Akteure in Politik und Wirtschaft befürchteten, dem Vorwurf der „Kumpanei“ mit den ostdeutschen Machthabern ausgesetzt zu werden. In den 1990er-Jahren habe es lediglich eine „gebremste Aufarbeitung“ gegeben. Diese Defizite würden nun angegangen, wie man an Hand der Diskussionen um die Zwangsarbeit für IKEA sowie um die Medikamententests sehe. Dabei sei die Sorge der beteiligten westdeutschen Unternehmen heute nicht mehr so sehr, juristisch belangt zu werden, da Vieles bereits verjährt sei. Jedoch stehe die Frage der Opferentschädigung im Raum, die v.a. finanziell stark zu Buche schlage, so dass von Seite der westdeutschen Firmen keine tatkräftige Unterstützung für die Aufarbeitung zu erwarten sei.

Darüber hinaus wurde thematisiert, wohin die Gelder, die vom Bereich KoKo erwirtschaftet wurden, gelangt sind. Dr. Matthias Judt führte aus, dass ein Privileg des Bereiches KoKo gewesen sei, nicht alle Gelder abführen zu müssen, sondern diese wieder für Finanzgeschäften einsetzen zu können. Der Rest sei meist dem Staatshaushalt und der Zahlungsbilanz der DDR zu Gute gekommen, aber auch zur Versorgung der Wandlitz-Siedlung sowie zur Unterstützung kommunistischer Parteien in Westeuropa genutzt worden.

Andrea Bahr